

## Erster Schritt zu einem Neubeginn

Die Wahlen in der Republik Moldau, die wohl einen Machtwechsel bringen werden, haben einmal mehr gezeigt, wie tief gespalten das Land ist. Auf der einen Seite die ländliche und meist ältere Bevölkerung, die jenen Zeiten nachtrauert, als die heute verarmte ehemalige Sowjetrepublik die Hauptstadt Moskau mit Obst, Gemüse und Wein versorgt hatte. Auf der andern Seite die städtische Jugend, die nach Europa drängt. Die Kommunisten sind, auch wenn sie zwischen Ost und West laviert haben, eher nach Russland orientiert. Die Anhänger der Opposition hoffen auf die Überwindung des verkrusteten Systems, das ihnen keine Zukunftsperspektiven bietet.

### RICHTUNGSSTREIT

Im Wahlkampf bezichtigten die Kommunisten die Opposition, mit der Unterstützung des Nachbarlandes Rumänien einen Staatsstreich versucht zu haben. Nach den offensichtlich manipulierten Wahlen vom April war es zu heftigen Protesten gekommen, die in der Erstürmung des Parlamentsgebäudes und des Präsidentenpalastes gipfelten. Die Unruhen wurden damals blutig niedergeschlagen. Bis heute ist unklar, was sich wirklich abgespielt hat. Der Kommunist Wladimir Woronin, der das Land seit 2001 beherrscht, hat kein Interesse daran, Licht ins Dunkel zu bringen.

Das Schüren der Angst vor der rumänischen Gefahr hat bei der Mehrzahl der Wähler nicht verfangen. Die Beschwörungen Woronins, die staatliche Existenz der Moldau stehe auf dem Spiel und nur er selber könne diese garantieren, wurden als Ablenkungsmanöver durchschaut. Russland hatte sich nach den Unruhen vom April hinter Woronin gestellt und die rumänische Führung ebenfalls beschuldigt, subversive Kräfte in der Moldau zu unterstützen. Moskau drohte mit der Anerkennung der abtrünnigen moldauischen Provinz Transnistrien, sollte bei den Wahlen eine prorumänische Regierung an die Macht kommen. Obwohl es Moskau ist, das mit solchen Äusserungen die staatliche Integrität der Moldau in Frage stellt, hat sich Woronin wieder verstärkt Russland zugewandt. Moskau fordert keine Einhaltung der Menschenrechte.

Für seine Gegner gilt Woronin als Haupthindernis auf dem Weg zur Integration in die Europäische Union. Zwar fordern einige Oppositionelle engere Bindungen zu Rumänien. Die meisten aber verfolgen, anders als die Kommunisten, einen kompromisslosen Kurs in Richtung EU. Eine völlige Abnabelung von Moskau kann sich die Moldau allein schon aus wirtschaftlichen Gründen nicht leisten. Die rumänischsprachige Mehrheit ist zwar historisch und kulturell mit Rumänien verbunden. Doch liefert Russland mehr als 90 Prozent der Energie und hat dem von der Wirtschaftskrise hart getroffenen Land im Juni einen Kredit in der Höhe von einer halben Milliarde Dollar zugesagt.

Die Republik Moldau, Weissrussland, die Ukraine, Aserbeidschan, Georgien und Armenien sind im Mai in das EU-Programm «Östliche Partnerschaft» aufgenommen worden. Brüssel, das an politischer Stabilität an der Ostflanke der Union ein grosses Interesse hat, will die Zusammenarbeit mit diesen Ländern verstärken und sie nicht allein dem russischen Einfluss überlassen. Moskau sieht denn auch im Partnerschaftsprogramm mit Staaten, die früher zur Sowjetunion gehört hatten, einen unfreundlichen Abwerbungsversuch.

### NUR EIN TROSTPFLASTER?

Die Wahlsieger und ihre Anhänger erhoffen sich viel von der EU, wohl zu viel. Das vage formulierte Partnerschaftsprogramm ist eher eine Alibiübung, ein Trostpflaster für jene, die keine Chance haben, je aufgenommen zu werden. Die Liberalisierung oder Aufhebung des Visumszwangs, wie das auch Woronin fordert, dürfte noch lange ein Traum bleiben. Die Moldau ist weit davon entfernt, die Voraussetzungen dafür zu erfüllen. Das Land, das sich in einem schlechten Zustand befindet, wird auch künftig gezwungen sein, Hilfe dort zu holen, wo es sie bekommt. Sollte sich herausstellen, dass sich die EU mit Lippenbekenntnissen begnügt, könnte der Zug, auch im Falle einer völligen Entmachtung der Kommunisten, in die andere Richtung abfahren.